

# „Mit Wehrpflicht hätten wir das nicht umsetzen können“

Inspekteur Jörg Vollmer räumt Rekrutierungsprobleme bei der Bundeswehr ein, will aber nicht zurück zum alten Modell

VON GEORG ESCHER

Die Krisen weltweit werden nicht weniger. Auch für die Bundeswehr sind dies turbulente Zeiten. Heeresinspekteur Jörg Vollmer gab im Nürnberger Presseclub ein paar auch überraschende Einblicke.

NÜRNBERG – Es gibt in der Bundeswehr eine ganze Reihe von Leuten, die der alten Zeit hinterhertrauern, als es noch die Wehrpflicht gab. Jörg Vollmer, der seit einem Jahr Inspekteur des Heeres ist, gehört nicht dazu. Ganz im Gegenteil. „Wir hätten im letzten Jahr die ganzen Aufträge (...) unmöglich umsetzen können, wenn wir gleichzeitig alle sechs Monate neue Wehrpflichtige hätten ausbilden müssen“, sagt der Generalleutnant im Nürnberger Presseclub. Im Rückblick, findet er, war es also „eine gute Entscheidung“, vor fünf Jahren die Wehrpflicht auszusetzen.

Ganz so heil ist die Welt für die Truppe freilich doch nicht. Verteidi-

gungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) verkündete Anfang Mai zwar, dass die Bundeswehr nach dem enormen Schrumpfungsprozess erstmals wieder wachsen soll. 7000 neue Dienstposten für Soldaten und 4400 für zivile Beschäftigte sollen ab 2017



Findet die Aussetzung der Wehrpflicht richtig: Jörg Vollmer. Foto: Hippel

dazukommen. Aktuell aber gelingt es nicht einmal, die 170 000 Planstellen vollständig zu besetzen. Ende Mai waren es gerade mal 166 818 Berufssoldaten und Zeitsoldaten.

Auch Vollmer räumt Schwierigkeiten ein. In Regionen wie Baden-Württemberg etwa konkurrierte die Bundeswehr mit sehr attraktiven Arbeitgebern wie Daimler oder Porsche. Auch bei IT-, Ingenieur- oder medizinischen Berufen tut sich die Armee schwer, genügend Nachwuchs zu finden. „Da kämpfe ich auch dagegen an“, sagt der 58-Jährige.

## Peppige Kampagnen

Längst hat die Bundeswehr angefangen, den Nachwuchs mit peppigen Werbekampagnen („Mach, was wirklich zählt“) zu locken. Die ehemalige Familienministerin von der Leyen verspricht zudem nicht nur moderne Unterkünfte sowie Teilzeit- und Telearbeit. Auch gute Kinderbetreuung soll künftig geboten werden. Doch auch das reicht bisher nicht.

In ihrem kürzlich vorgestellten Weißbuch, das die neuen Leitlinien der deutschen Sicherheitspolitik vorgibt, wird deswegen ein nicht unumstrittener neuer Weg beschritten. Künftig soll die Bundeswehr auch für EU-Ausländer geöffnet werden. Aber gibt es da nicht möglicherweise Loyalitätskonflikte? Der Bundeswehrverband jedenfalls lehnt die Pläne bisher ziemlich einhellig ab. „Die deutsche Staatsangehörigkeit ist für uns elementar und muss es bleiben – wegen des besonderen gegenseitigen Treueverhältnisses von Staat und Soldat und der gesetzlichen Verankerung“, hat André Wüstner, Chef der größten Interessenvertretung der Soldaten, jüngst zu Protokoll gegeben.

Auch Inspekteur Vollmer scheint nicht restlos überzeugt zu sein, will sich aber – zumindest öffentlich – nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. „Man muss sehen, in welche Richtung sich das jetzt entwickelt“, sagt er unverbindlich. Nach 100 Prozent Überzeugung hört sich das nicht an.